bedeutenden Teiles des intellektuellen Deutschlands, alle Waffen, militärische wie wirtschaftliche, anzuwenden, um ihrem Lande die beherrschende Stellung zu geben, die nach ihrer Meinung Deutschlands Recht ist, und sie können es nicht verstehen, weshalb die übrige Welt nicht mit ihnen übereinstimmt. Wenn man den Fragen auf den Grund geht, so findet man stets, daß Verteidigungskrieg einen Krieg zur Vergrößerung des Gebietes bedeutet, und wirtschaftliche Sicherung ist eine Wirtschaftspolitik, die eine andere Nation in wirtschaftliche Fesseln schlagen will.

Balfour verglich zum Schluß die Expansion der Briten und der Deutschen und sagte, die Deutschen hätten die ausgesprochene Absicht, den Rest der zivilisierten Welt vor ihren Füßen kriechen zu lassen. Glaubt Holt, daß die Besprechungen bei den Theorien, die Hertlings Rede vertritt, mit einer Verständigung enden können? Und wären nicht Besprechungen, die in Zwietracht enden, schlimmer als gar keine? Das ist meine bestimmte Ueberzeugung. Verhandlungen zu beginnen, ehe Aussicht besteht, sie erfolgreich durchführen zu können, hieße, das größte Verbrechen gegen den künftigen Weltfrieden begehen.

Eine neutrale Erwiderung.

Eine sehr treffende Antwort auf diese Ausführungen des englischen Ministers gibt „Algemeen Handelsblad" in Amsterdam. Es schreibt: Es ist schwierig, den englischen Minister des Aeußern ernst zu nehmen. Zu oft hat es sich gezeigt, daß er ein Minister für „ihm fremde Angelegenheiten" ist. Welchen Wert soll man der Ansicht eines Ministers beilegen, wenn er die Aeußerungen des Grafen Hertling mit einer Geste abtut, weil sie für weitere Besprechungen nicht taugten! Daß die Regierungen der Ententeländer mit Graf Hertling nicht völlig übereinstimmen, ist selbstverständlich und begreiflich. Wenn es der Fall wäre, brauchte der Kampf nicht fortgesetzt zu werden. Aber es ist ein Unterschied zwischen einer völligen Uebereinstimmung und der abweisenden Gebärde Balfours. Durch die Annahme der von Präsident Wilson aufgestellten Grundsätze in den Reden der Grafen Czernin und Hertling ist bereits eine Grundlage für die Unterhandlungen geschaffen. Hat die Entente andere Pläne und will sie den Krieg fortsetzen, bis es ihr möglich ist, diese zu verwirklichen, dann muß sie es sagen. Aber wenn Czernin und Hertling sich für die Annahme der Grundsätze Wilsons erklären, so geht es nicht an, einfach zu sagen, daß sie es nicht täten. Ob die praktische Anwendung dieser Grundsätze, wie die Mittelmächte sie auffassen, mit der Auffassung der Entente übereinstimmt und umgekehrt, kann sich erst zeigen, wenn die verschiedenen strittigen Fragen am Konferenztisch besprochen werden.

England und der Friede im Osten.

Im Unterhaus erklärte Balfour, daß über das Schicksal Rumäniens, Armeniens und der besetzten Gebiete Rußlands trotz irgendwelcher abgezwungener Friedensverträge auf der allgemeinen Friedenskonferenz entschieden werden würde.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

Rumänien macht Schwierigkeiten.

Der Wiener Korrespondent des „Pester Lloyd" meldet, daß aus unterrichteten Kreisen verlautet, Rumänien bereite, trotz der üblen Lage, in der es sich befindet, einer Einigung noch immer erhebliche Schwierigkeiten. Die Rumänen legen eine Haltung an den Tag, die in den Tatsachen gewiß keine Stütze findet. Worauf die Rumänen noch rechnen, wenn sie sich unseren Forderungen entgegenstellen, ist nicht ersichtlich. Ihre an der Front stehende Armee kann es nicht sein, denn deren strategische Lage ist schon jetzt keineswegs beneidenswert, kann sich aber schon in allernächster Zeit zu einer geradezu verzweifelten gestalten. Eine militärische Rettung für Rumänien, sei es aus eigener Kraft, sei es durch Hilfeleistung der Entente, ist ausgeschlossen. Aber auch darauf kann die rumänische Regierung nicht rechnen, daß die Mittemächte, wenn sie die ihr gebotene Gelegenheit, das Land vor einer Katastrophe zu bewahren, zurückweist, sich damit begnügen würden, ihre den Rumänen gegenüberstehende Front Gewehr bei Fuß abwarten zu lassen, bis man in Jassy bessere Einsicht gewinnt. Es ist daher anzunehmen, daß die Mittemächte in diesem Fall nicht zögern würden, zur Verstärkung des rumänischen Friedenswillens einen entsprechenden Druck auszuüben.

Nach einer anderen Meldung sind die Friedensverhandlungen zwischen den Mittelmächten und Rumänien unterbrochen worden, weil Herr v. Kühlmann und Graf Czernin zur Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Smolny-Regierung nach Brest-Litowsk gerufen wurden. Die mit dem formellen Abschluß der Friedensverhandlungen betrauten Vertreter der fünf in Betracht kommenden Mächte sind in Brest-Litowsk versammelt. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen den Mittelmächten und Rußland steht unmittelbar bevor. Der rumänische Ministerpräsident General Averescu hat sich wieder nach Jassy begeben, um dort mit König Ferdinand und den übrigen Mitgliedern des Kabinetts über die Fragen, in denen bisher keine Annäherung erzielt werden konnte, zu beraten. Die Friedensverhandlungen in Bukarest sollen nach der Rückkehr Kühlmanns und Czernins wieder aufgenommen werden. Die Aussichten auf eine gütliche Verständigung sind indessen recht gering.

Französischer Druck auf Rumänien?

Der Pariser Korrespondent des „Secolo" meldet: 60 französische Exminister, Parlamentarier, Universitätsprofessoren usw. telegraphierten an den König von Rumänien, sie seien der Ueberzeugung, daß Rumäniens König und Volk dem bewunderungswürdigen Beispiel Belgiens und Serbiens (!) folgen würden, um mit allen Opfern die Ehre und Unabhängigkeit Rumäniens zu wahren.

Rumänische Hoffnungslosigkeit.

Das „Berner Tageblatt" veröffentlicht eine Unterredung eines seiner Mitarbeiter mit dem rumänischen Gesandten in Bern, der sich bezüglich des Friedensschlusses keinen Illusionen hingibt. Rumänien sei gezwungen, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, der vielleicht alle Hoffnungen des rumänischen Volkes auf längere Zeit zerstören werde. Der Gesandte macht nicht allein das zaristische Rußland, das durch sein formelles Ultimatum Rumänien zum Kriegseintritt gezwungen habe, für Rumäniens Unglück verantwortlich. Erst der Verrat der maximalistischen Regierung habe die rumänische Katastrophe herbeigeführt. Die bolschewistische Regierung habe sich sogar des rumänischen Nationalvermögens bemächtigt. 1 Milliarde, größtenteils Gold, die von der rumänischen Regierung in der russischen Staatsbank deponiert waren, sei von den Maximalisten beschlagnahmt worden.

Oesterreichs Einmarsch in die Ukraine.

Zur Sicherung der Lebensmittelvorräte.

Der Wiener Bürgermeister Dr Weißkirchner hat im Herrenhaus an den Ministerpräsidenten die folgende Interpellation gerichtet: Die Bevölkerung der Stadt Wien leidet unter ungenügender Versorgung mit Brot und Mehl. Die Hoffnungen der gesamten Bevölkerung waren auf den Brotfrieden gerichtet, den Graf Czernin mit der Ukraine abgeschlossen hat. Die Bevölkerung ist darüber tief beunruhigt, daß die Truppen des verbündeten Deutschen Reiches den Weg in das Gebiet der Ukraine nehmen und sich der dort lagernden Getreidevorräte versichern, während anscheinend seitens der Donaumonarchie bisher keine geeigneten Maßnahmen getroffen wurden, um auch uns ausreichende Mengen Getreide zu sichern, und um sie mit allen Beschleunigung herbeizuführen. Diese Sicherung und Herbeischaffung der unentbehrlichen Lebensmittel kann billigerweise nicht als feindseliger Akt gegen die Republik Ukraina aufgefaßt werden, sondern erscheint als eine zweckmäßige Realisierung des Friedensvertrages. Da nun der Herr Ministerpräsident im Abgeordnetenhause erklärt hat, daß österreichisch-ungarische Truppen nicht in die Ukraine einmarschieren werden, so an die Gefälligkeiten an, welche anderen Maßnahmen die Regierung vorgesehen hat, um im Interesse der notleidenden Bevölkerung den Import von Getreide aus der Ukraine zu sichern, und innerhalb welcher Zeit diese Einfuhr zu erwarten sei.

Darauf antwortete am Donnerstag Ministerpräsident Dr. v. Seidler: Er betonte, daß allerdings ein Vorgehen Oesterreich-Ungarns in der Ukraine ursprünglich nicht in Aussicht genommen war. „Wir durften damals mit einiger Zuversicht annehmen, daß wir auch auf Grund des auch in dieser Beziehung vorwaltenden Einvernehmens mit dem Deutschen Reich und den Vereinbarungen mit der ukrainischen Regierung unserer Interessen, die für erste auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung liegen, und dazu administrative Maßnahmen ausreichen würden, zu wahren vermögen. Seither aber haben sich die Voraussetzungen sehr wesentlich verschoben. In verschiedenen, gerade für unseren Nahrungsmittelverkehr besonders wichtigen Gebieten der Ukraine haben sich nämlich Vorgänge zugetragen, die für das Deutsche Reich einen Anlaß zu besonderen Sicherungsmaßnahmen boten. Mit Rücksicht auf diesen Vorgang hat aber auch andererseits die ukrainische Regierung an uns die dringende, seither mit größtem Nachdruck wiederholte Bitte um Unterstützung gerichtet. Unter diesen Umständen können wir unsere Hilfe nicht ablehnen. (Beifall.) Denn wir würden es uns sonst gegebenenfalls selbst zuzuschreiben haben, wenn die Ukraine infolge unserer Ablehnung überhaupt oder doch in der gewünschten kurzen Frist nicht in der Lage sein sollte, ihre uns gegenüber übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Unser Vorgehen stellt sich ausschließlich als Akt einer von den anderen Staaten erbetenen und im eigenen Interesse gewährten Rechts- und Verwaltungshilfe dar, der natürlich unter den gegebenen Umständen nicht über das durch einen friedlichen Einsatz beschränkte Maß erfolgen kann.

10 000 Russen streckten die Waffen.

Zu dem Einmarsch der österreichisch-ungarischen Truppen in die Ukraine meldet der gestrige Oesterreichisch-ungarische Heeresbericht:

Von Regierung und Bewohnern immer wieder und in den jüngsten Tagen besonders eindringlich aufgerufen, sind gestern Truppen des Feldmarschalls Böhm-Ermolli zur friedlichen Intervention in Podolien eingerückt und haben die Linien Mowostielica—Chotin—Kamenec—Podolski erreicht. Die an den Bahnen und wichtigen Straßen vorbringenden Abteilungen haben den Auftrag, in den durchschrittenen Gebieten Ruhe und Ordnung herzustellen und die für die Einfuhr notwendigen Handelswege zu sichern.

Bisher haben nahezu 10000 Russen die Waffen gestreckt. Beträchtliche Mengen an Munition, Fuhrwerken und rollendem Material wurden geborgen.

Der englische Propagandadienst.

Die Aufgaben des Lord Northcliffe.

In der Londoner „Pall Mall Gazette" heißt es: Die Ernennung Lord Northcliffe zum Leiter des Propagandadienstes in feindlichen Ländern, sowie die Lord Beaverbrooks zum Leiter des gleichen Dienstes für England, die Verbandsstaaten und die neutralen Länder bringt die Vorbereitungen für eine Tätigkeit, die viel zu lange vernachlässigt worden ist, zu einem befriedigenden Abschluß. Man könnte keine geeignetere Persönlichkeit als Lord Northcliffe für diese so notwendige Arbeit finden. Seine großen Kenntnisse, seine Geschicklichkeit und Energie werden sich bald bemerkbar machen. Man fängt etwas spät mit einem Vertrauen an, das man gleich bei Kriegsausbruch hätte anwenden sollen, und das Versäumnis der vorigen wie der jetzigen Regierung, starke Propaganda im Lande und außerhalb des Landes zu betreiben, hat uns unschätzbaren Schaden zugefügt. Wie wir noch kürzlich andeuteten, muß die Diplomatie mit den militärischen Operationen Hand in Hand gehen, und die Diplomatie wiederum muß von der Propaganda unterstützt werden, die ihre mächtige Waffe ist, wie wir und unsere Verbündeten zu unserem Schaden erfahren haben. Die Ergebnisse unserer Nachlässigkeit zeigen sich deutlich in Rußland, Griechenland, der Türkei und Bulgarien. In den Vereinigten Staaten hat uns der nüchterne Sinn des amerikanischen Volkes gerettet. In Italien, in Frankreich und selbst im eigenen Lande kommen täglich Dinge vor, die der ununterbrochenen Tätigkeit der deutschen Propaganda (?) zuzuschreiben sind. Lord Northcliffes große Kenntnis Deutschlands und des deutschen Volkes befähigt ihn besonders zu dem unternommenen Werk. Wir können in Zukunft sicher sein, die Hunnen werden finden, daß nicht nur die Karten, sondern auch das Spiel gegen sie sein wird.

Das Werben um die japanische Hilfe.

Japans Eingreifen in Sibirien.

Der Amsterdamer Korrespondent der „Köln. Ztg." berichtet, daß Japan sich an die Vereinigten Staaten und an die Verbandsmächte mit dem Vorschlag gewandt habe, gemeinsam in Sibirien militärische Vorbereitungen zu treffen. Japan sei auch bereit, allein vorzugehen, sähe aber gern, wenn amerikanische und Verbandstruppen folgten. Es handle sich vor allem darum, die großen Vorräte aller Art, die längs der sibirischen Bahn lagern, in Sicherheit zu bringen. Die Regierung der Vereinigten Staaten sei mit dem japanischen Vorschlag nicht ganz einverstanden, würde ihn aber im Lauf der Verhandlungen vielleicht doch noch zustimmen.

Kleine politische Meldungen.

Bundesratssitzung in Berlin. Eine Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten fand gestern in Berlin unter dem Vorsitz des bayerischen Ministerpräsidenten von Dandl statt. Die „Süddeutsche Korrespondenz" meldet: In parlamentarischen Kreisen wird die Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten in Verbindung gebracht mit der veränderten Lage an der Südwestfront. Man glaubt zuversichtlich, daß die Friedensbereitschaft Rumäniens nicht ohne Einwirkung auf weite Kreise Serbien und Montenegros geblieben sei, worauf auch die bereits erfolgte Demission des serbischen Ministerpräsidenten hinweist.

Verurteilung wegen Landesverrats. Der zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den 42jährigen Gewerkschaftssekretär Bernhard Menke-Dresden wegen versuchten Landesverrats und öffentlicher Aufforderung zum Ungehorsam gegen behördliche Anordnungen zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte hielt als Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratie am 12. August 1917 in Pirna vor meist jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen der Munitions-Industrie eine öffentliche Rede, in der er den Streik der Rüstungsarbeiter empfahl. Er handelte dabei, wie das Gericht annahm, in dem Bewußtsein, daß seine Aufforderung, wenn sie Erfolg haben würde, die Kriegsmacht des Deutschen Reiches schädigen werde.

Die Slawen in Oesterreich. Es sind Bestrebungen im Gange, die Südslawen in Oesterreich zu beruhigen und mit der Regierung zu versöhnen. Kaiser Karl hat einige ihrer Führer empfangen und betonte seinen Willen, das Parlament weiter aktionsfähig zu erhalten. Es ist deshalb auch vorläufig eine Regierungskrise vermieden.

Herbe englische Kritik an der englischen Flotte. Laut der „Köln. Ztg." schreibt die Wochenschrift „Didi": In England sieht es immer noch traurig aus. Kein Wunder. In einem Jahre hat Deutschland 9500000 Tonnen versenkt. Ein englisches Kriegsschiff nach dem andern hat es weggeblasen und einen starken Geleitzug nach dem andern versenkt. Englands stolze Flotte hat nichts anderes ausrichten können, als die Neutralen an den Rand des Hungertodes zu bringen. Gegen unbewaffnete neutrale Handelsschiffe haben die großen britischen Admirale unvergängliche Siege errungen. Aber an die Kanonen und Torpedorohre des Feindes haben sie sich nicht herangewagt.

Das Schweizerische Bundesstrafgericht hat wegen verbotenen Nachrichtendienstes zugunsten einer fremden Macht die Reichsdeutsche Lina Petri von Landau, Bayern, Schneiderin in Lausanne, und die schweizerischen Staatsangehörigen Charles Lequin, Marie Fischer und Paul Junod, zu Gefängnisstrafen von 10 Tagen bis zu 5 Monaten und zu Geldbußen bis 200 Franken und zu den Prozeßkosten, die Petri zudem zur Landesverweisung verurteilt.

Der Wüterich Clemenceau. Die „Humanite" meldet: Es finden in Paris und ganz Frankreich täglich politische Verhaftungen wegen behaupteten Einverständnisses mit dem Feinde statt. Die Möglichkeiten eines Rückschlages der bevorstehenden feindlichen Offensive zeigen sich schon jetzt in diesen verzweifelten Maßnahmen der Regierung Clemenceaus.

Bevorstehender Sturm gegen Clemenceau. „Die Basler Nachrichten" melden aus Paris: Hervé glaubt, die Interpellationsdebatte vom Freitag über den Fall Malo werde zu einem ersten ernsten Ansturm gegen das Ministerium Clemenceau führen, das die Sozialisten durch eine Regierung Albert Thomas ersetzen wollen.

Zum Falle Caillaux. Nach der Turiner „Stampa" befürchtet die Verteidigung Caillaux' einen neuen Anschlag auf Caillaux. Infolgedessen ordnete der Gefängnisdirektor an, daß die Mahlzeiten für Caillaux, die aus einem benachbarten Hotel geholt werden, in einem verschlossenen Gefäße zu liefern sind. Die Oeffnung dieses Gefäßes erfolgt persönlich durch Caillaux in Gegenwart zweier Wärter. — Caillaux soll nämlich kürzlich nach dem Genuß von Speisen an Vergiftungserscheinungen erkrankt sein.

Northcliffes erste Tätigkeit. Wie die „Daily Mail" andeutet, wird Lord Northcliffe seine Tätigkeit als Leiter der Propaganda unter den feindlichen Untertanen damit beginnen, daß er in Deutschland die ausführliche Uebersetzung des Kriegszielmemorandums in London auf dem Wege über Schweden und die Schweiz außerordentlich stark verbreiten läßt.

Ausrufung der Republik in irischen Grafschaften. Die von Pariser Blättern gemeldeten Unruhen in Irland finden ihre Bestätigung in einer Meldung der „Times", in der es u. a. heißt: Das Land befindet sich in einem Zustand ernster Störung. Die Flut der Gesetzlosigkeit hat den Süden und Westen überschwemmt, und in den Grafschaften Clare, Sligo, Roscommon und Mayo hat die Autorität aufgehört. In diesen Grafschaften besetzten die Sinnfeiner Gutshöfe und riefen die irische Republik aus. „Tempo" meldet aus London: In der irischen Grafschaft Clare fanden Unruhen statt, zu deren Beilegung Truppen herangezogen werden mußten. Die Grafschaft wurde zum militärischen Spezialgebiet erklärt, die Gewalt dem Militärkommando übergeben. Der „Lok.-Anz." meldet: Die Militärwerbungen in Irland unter Führung des Generaldirektors des englischen Nationaldienstes sind schon dreimal vertagt worden. Sie sollten nun am 2. März beginnen, sind aber wieder bis zum 2. Mai vertagt worden.